



Presseschau vom 09.08.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.sputniknews.com: „**So wird der Zusammenbruch der USA ablaufen**“: **US-russischer Autor exklusiv**

Seine Analysen stimmen – kein Wunder, der US-russische Autor Dmitry Orlov kennt sich mit staatlichen Zusammenbrüchen und „dem sowjetischen Kollaps“ aus. Orlov erlebt hautnah den Zusammenbruch der UdSSR Anfang der 1990er Jahre. Im zweiten Teil des Sputnik-Interviews erklärt er, wie der Kollaps der USA ablaufen wird – und mehr über sein neues Buch. ...

<https://sptnkne.ws/DqBW>

deutsch.rt.com: "**Die Libanesen haben genug gelitten**": **USA streben im Windschatten der Katastrophe Regime-Change an**

Die US-Botschaft im Libanon hat ihre Solidarität mit regierungsfeindlichen Demonstranten zum Ausdruck gebracht. Gleichzeitig fordert man alle Seiten auf, "von Gewalt Abstand zu nehmen". Bei den Zusammenstößen im zerstörten Beirut wurden bereits 500 Menschen verletzt. ...

<https://de.rt.com/29b7>

abends/nachts:

armiyadnr.su: Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am

8. August 2020

Wegen Verstößen gegen Sicherheitsbestimmungen durch Soldaten der ukrainischen Streitkräfte wurde auf ihren Positionen ein Brand in einem provisorischen Stationierungspunkt der 36. Marineinfanteriebrigade provoziert.

So Soldaten eines Feldkommunikationsknotens haben heute Abend im Gebiet von Wodjanoje unter Nutzung einer inoffiziellen Billigung des Konsums von alkoholischen Getränken durch den Präsidenten der Ukraine mit den Feiern des „Tags der Kommunikationstruppen“ begonnen.

Während der Vorbereitung einer Festtafel durch betrunkene Soldaten geriet trockenes Gras in Brand, dann breitete sich das Feuer auf ein provisorisches Lager für Kommunikationstechnik aus.

Nach vorläufigen Informationen wurden infolge des Vorfalles fünf Komplexe amerikanischer tragbarer Funkstationen Harris, 15 transportable Funkstationen Motorola und mehr als 14 Kilometer Feldkommunikationskabel vernichtet. Beim Versuch den Brand selbständig zu löschen, erlitten zwei Soldaten unterschiedliche schwere Brandverletzungen.

Es ist bemerkenswert, dass der kommissarische Kommandeur der 36. Brigade, der Kommandeur der Marineinfanterie der Marinestreitkräfte der Ukraine Sodal die Untergebenen nicht am Genuss von alkoholischen Getränken hindern und die Einhaltung der militärischen Disziplin gewährleisten konnte.

Um Provokationen zu verhindern, wurde die ukrainische Seite im GZKK über diesen Sachverhalt im Rahmen des Koordinationsmechanismus in Kenntnis gesetzt.

vormittags:

Dnronline.su: Motorradfestival auf der Krim

Am Sonnabend, dem 8. August, wurde nicht weit von Sewastópol am Fuß des Gasfort-Berges die XXV. Internationale Show des Motorradklubs ›Nòtschnyje Wòlki‹ (Nachtwölfe) eröffnet, die dem 75. Jahrestag des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg gewidmet ist. Die Veranstaltung besuchte auch Denis Puschilin, Staatsoberhaupt der DVR. Teilnehmer des grandiosen Festivals sind tausende Biker aus zahlreichen Städten der Russischen Föderation (und anderen Ländern ... - Anm. d. Übers.). Die über 100köpfige Delegation aus der DVR und der LVR begrüßte der Vorsitzende des internationalen Klubs, Alexandr Saldostanow (Chirurg) persönlich. Wie der Vorsitzende der Gruppe Donbass der ›Nòtschnyje Wòlki‹, Witalij Kischkinow, sagte, nahmen Motorradfahrer aus den Volksrepubliken an der Organisation dieser riesigen Veranstaltung teil. Der Höhepunkt der Bike-Show mit dem Namen »Das Ende Babylons« ist dem 75. Jahrestag des Sieges gewidmet, sein Autor und Regisseur Alexandr Saldostanow.

Zur Teilnahme am »Ende Babylons« wurde einer deren legendären Panzer T-34, Ausstellungsstück des militärhistorischen Museums Sewastópol, andere historische Technik aus der Privatsammlung von Wadim Sadoroschnyj in Russland sowie Exponate des Museumspanoramas »Die Schlacht von Stalingrad« (ebendort) in Aktion gesetzt. Erstmals bei der Show traten Artisten des Moskauer Nikulin-Zirkus mit Kunststücken in 35 Metern Höhe, begleitet von einem beeindruckenden Feuerwerk, auf. [...] Saldostanow unterstrich auch die Wichtigkeit solcher Veranstaltungen starken patriotischen Charakters wie dieser Show im Kampf gegen Versuche, Geschichte umzuschreiben. „Gerade Geschichtsfälschung kann zum Krieg führen, wie es 2014 im Donbass geschah“, sagte dazu Denis Puschilin. Der russische Politiker und ehemalige Berufsboxer Nikolaj Walujew, sagte, er sei gerade auf die Krim gekommen, weil die Bike-Show dem Jahrestag des Sieges gewidmet sei. Am ersten Tag gab es noch ein Rock-Konzert mit mehr als sechs Bands und am zweiten Tag, dem 9. August, fuhr eine Motorradkolonne zum Nachimowplatz in Sewastópol und zurück. Nachdem die Biker zum Gasfort-Berg zurückgekehrt waren gab es noch Unterhaltungs- und Sportprogramme.



https://dnronline.su/wp-content/uploads/2020/08/Vavilon_080820-9.jpg

de.sputniknews.com: **75 Jahre Atombombenabwurf: Nagasaki gedenkt der Opfer und mahnt zur Atomabrüstung**

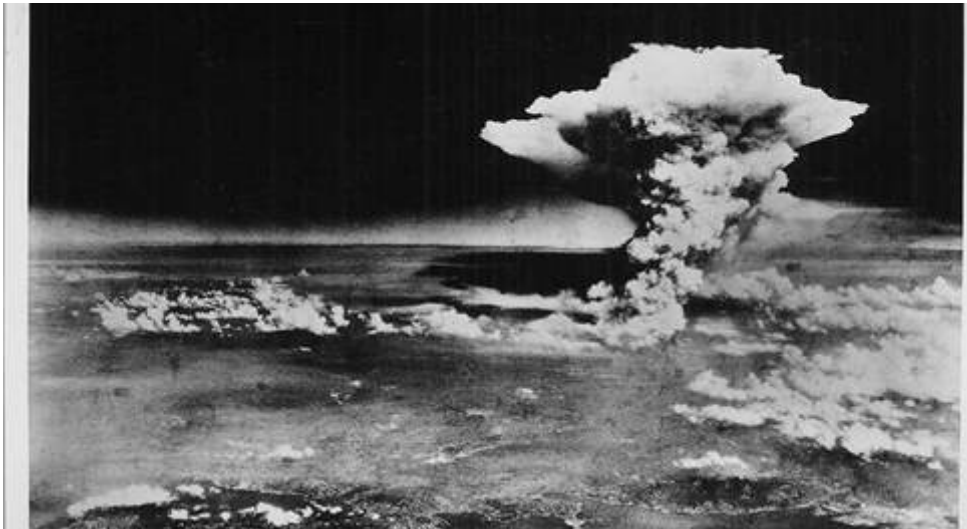
Mit einem neuerlichen Appell zur Abschaffung aller Atomwaffen in der Welt hat die japanische Stadt Nagasaki der Opfer des Atombombenabwurfs von vor 75 Jahren gedacht. Nagasakis Bürgermeister Tomihisa Taue forderte am Sonntag bei einer Gedenkzeremonie die rechtskonservative Regierung auf, einem UN-Vertrag zum Atomwaffenverbot von 2017 beizutreten.

Drei Tage zuvor hatte sein Amtskollege in Hiroshima, Kazumi Matsui, die Welt aufgerufen, sich gegen die Bedrohungen für die Menschheit zusammenzuschließen. Die Stadt war ebenfalls Opfer einer US-Atombombe geworden.

Um 11:02 Uhr (Ortszeit), dem Zeitpunkt, als am 9. August 1945 die von einem US-Kampfflugzeug abgeworfene Bombe „Fat Man“ über Nagasaki explodierte, legten die Teilnehmer der Gedenkzeremonie eine Schweigeminute ein. In Nagasaki wurden damals etwa 70.000 Menschen durch direkte Einwirkung getötet und 75.000 weitere verletzt.

Drei Tage zuvor hatte ein US-Kampfflugzeug Hiroshima durch eine Atombombe mit geringerer Sprengkraft verwüstet. Unter dem Eindruck der verheerenden Bombardierungen kapitulierte das Kaiserreich Japan am 15. August 1945. Hiroshima und Nagasaki wurden als die ersten von Atomwaffen getroffenen Städte weltweit als Symbol für den Frieden bekannt. Nagasakis Bürgermeister warnte in seiner Rede vor der erneut wachsenden Gefahr durch nukleare Waffen in der Welt.

„Wenn sich die Menschheit (...) der Bedrohung durch Atomwaffen erst bewusst wird, wenn sie wieder eingesetzt werden, befinden wir uns in einer unwiderruflichen Lage“, sagte Taue. Ihm zufolge muss Japan, das bisher einzige Land, das im Krieg Opfer von Atombomben wurde, mehr für eine atomwaffenfreie Welt tun.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/30365/39/303653914_0:333:3501:2227_1000x54180_0_0_9d054838381b79d38ac3569c9e1208a5.jpg

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 8. August 2020 wurden zwei Feuerangriffe von Seiten der BFU festgestellt: zweimal aus Richtung Orechowo in Richtung Solotoje-5.

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 8. August 3:00 Uhr bis 9. August 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen von Seiten der BFU 2.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Richtung Gorlowka: automatische Granatwerfer – ein mal (1 Granate)

Richtung Mariupol: automatische Granatwerfer – ein mal (1 Granate).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Bezirke/Ortschaften:

Gorlowka (Siedlung des Bergwerks 6/7), Kominternowo.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur werden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Um 11:15 Uhr wurde die Detonation eines technischen Sprengsatzes auf den Positionen der BFU bei Majorsk registriert, um 21:05 Uhr wurde ein Brand in einem Waldstreifen im Gebiet der Positionen der BFU in der Nähe von Wodjanoje bemerkt, um 0:22 Uhr wurde in der Nähe der Positionen der BFU bei Leninskoje eine Detonation beobachtet.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden drei Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

Beginnend mit 00:01 Uhr am 27. Juli 2020 traten gemäß einer in der Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des seit dem 21. Juli 2019 geltenden unbefristeten Regimes der Feuereinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: Ratsversammlung in Afghanistan empfiehlt Freilassung von Taliban

In Afghanistan hat eine große Ratsversammlung die umstrittene Freilassung inhaftierter Taliban empfohlen. Darauf einigten sich die Delegierten in einer Abschlusserklärung am Sonntag.

Die Freilassung von 400 als besonders gefährlich eingestuften Taliban galt als letzte Hürde

vor innerafghanischen Friedensgesprächen. Präsident Aschraf Ghani hatte die sogenannte Loja Dschirga vor rund einer Woche einberufen, nachdem sich Taliban und Regierung für das islamische Opferfest Eid al-Adha auf eine dreitägige Waffenruhe verständigt hatten.

Rund 3400 politische und religiöse Vertreter der Gesellschaft – darunter auch etwa 700 Frauen – diskutierten seit Freitag über diese zentrale Frage der Gefangenenfreilassung. In 50 Gremien erarbeiteten die Delegierten einen Beschluss, der zudem einen bedingungslosen Waffenstillstand fordert. Präsident Ghani hatte am Freitag gesagt, dass die Friedensgespräche bereits nach drei Tagen beginnen würden, sollte es zu einer Einigung kommen.

Die militant-islamistischen Taliban, die die Freilassung bestimmter Anhänger zur Vorbedingung für die seit Ende Februar geplanten Friedensgespräche gemacht hatten, äußerten sich zunächst nicht.

Im Land ging der Konflikt zuletzt brutal weiter. Die Taliban hatten zwar seit ihrem im Februar unterzeichneten Abkommen mit den USA keine internationalen Soldaten mehr getötet, ihren Kampf gegen die afghanischen Streitkräfte aber noch verstärkt. Mehr als die Hälfte der Bezirke des Landes sind umkämpft. Immer wieder hatte Ghani betont, die 400 Taliban wegen der von ihnen begangenen schweren Verbrechen aus rechtlichen Gründen nicht begnadigen zu können.

Die Einberufung der Ratsversammlung war nicht unumstritten. Experten gingen davon aus, dass Präsident Ghani diese unbeliebte Entscheidung nicht selbst treffen wollte. Afghanistans Parlamentssprecher Rahman Rahmani bemängelte zudem, dass die Veranstaltung einer Loja Dschirga nicht durch afghanisches Recht gedeckt sei. Parlamentarier fühlten sich hintergangen und bezeichneten die Versammlung gar als illegal. Ghani begehe mit der Freilassung Verfassungsbruch, kritisierten sie.

Die USA hatten mit den Taliban am 29. Februar in Doha (Katar) ein Abkommen unterzeichnet, das einen Abzug der internationalen Truppen vorsieht. Im Gegenzug versicherten die Taliban, ihre Beziehungen mit anderen Terrororganisation zu beenden. Gleichzeitig soll das den Weg für innerafghanische Friedensgespräche bereiten; dafür war ein Gefangenaustausch als vertrauensbildende Maßnahme vereinbart worden. Bis zu 5000 inhaftierte Taliban sollten im Tausch gegen 1000 von den Rebellen festgehaltene Gefangene der Regierung freikommen.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32343/78/323437846_0:0:5688:3076_1000x541_80_0_6f322d79e0143b4c84154171d3ab45c5.jpg

Mzdnr.ru: Am 8. August wurden in der DVR fünf neue Fälle von Coronavirusinfektionen festgestellt.

Alle Fälle von Coronavirusinfektion wurden bei Personen entdeckt, die Kontakt zu bereits Erkrankten hatten, darunter vier medizinische Beschäftigte. Derzeit ist der Zustand der Patienten zufriedenstellend, alle erhalten die notwendige ärztliche Behandlung.

Am 9. August um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 1933 Fälle von Coronavirusinfektion registriert.

953 Patienten sind derzeit in Behandlung, 869 als gesund entlassen, es gibt 111 Todesfälle. Zum Stand am 9. August wurden Coronavirusinfektionen bei 85 Personen, die seit dem 25. Juni 2020 aus der Ukraine eingereist sind, entdeckt. Alle infizierten Patienten wurden in spezialisierte Einrichtungen des Gesundheitswesens der Republik eingewiesen und werden kostenlos behandelt.

Lug-info.com: In der LVR sind am 9. August um 9 Uhr 624 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

Davon sind 594 Patienten nach zweimaligen negativen Tests als gesund entlassen. Seit Beginn der Pandemie gab es 15 Todesfälle.

de.sputniknews.com: Pentagon erläutert Truppenverlegung aus Deutschland näher an russische Grenzen

Der Abzug der US-Truppen aus Deutschland fügt sich US-Verteidigungsminister Mark Esper zufolge in die Abschreckungsstrategie gegenüber Russland ein.

„Wir verlegen mehr Truppen weiter in den Osten, näher an die russischen Grenzen, um Russland einzudämmen“, sagte Esper in einem Interview mit dem US-Sender Fox News. Die meisten der Verbündeten, mit denen er gesprochen habe, hielten dies für einen „guten Schritt“. Der Pentagon-Chef hatte Ende Juli angekündigt, fast 12.000 Soldaten aus Deutschland abziehen zu wollen. Die meisten von ihnen (6400) sollen heimkehren und die Restlichen in andere Nato-Länder, darunter nach Italien und Belgien, umstationiert werden. Geplant sei außerdem, den Stab der US-Kräfte für Europa aus Deutschland in die belgische Stadt Mons zu verlagern, wo der Stab des Obersten Befehlshabers der vereinten Nato-Kräfte in Europa ansässig ist.

Kürzlich sagte Esper, die USA würden zusätzlich 1000 Soldaten nach Polen entsenden. Sie sollen sich den dort bereits auf Rotationsbasis stationierten 4500 US-Soldaten anschließen. Der US-Kongress finanziert seit fünf Jahren eine Initiative zur militärischen Eindämmung Russlands. Die Initiative sieht eine Verstärkung der Präsenz des US-Militärs in Osteuropa vor.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32720/57/327205700_0:38:1000:579_1000x541_80_0_0_813071c9b73b982d56b3291456979634.jpg

Denis-pushilin.ru: Gratulation des Oberhauptes der DVR Denis Puschilin zum Tag der Bauleute

Am zweiten Sonntag im August erhalten unsere Bauleute – echte Professionelle und Arbeiter – die aufrichtigsten und wärmsten Gratulationen. Von ihrer selbstlosen Arbeit, Meisterschaft und Talent hängt die Entwicklung der Republik und die Erhöhung des Lebensstandards der Menschen in vielem ab.

Sehr geehrte Arbeiter der Baubranche! Sie verwirklichen Projekte zum Wiederaufbau des durch Beschüsse der ukrainischen Armee zerstörten Wohnraums, sozialer Objekte und Infrastruktur. Dank Ihnen werden Kultur- und Architekturdenkmäler – Errungenschaften unseres Landes – wiederaufgebaut und erneuert.

Besondere Worte des Dankes sage ich den Veteranen der Branche. Ihre Erfahrung ist die Grundlage der beruflichen Traditionen. Ich bin überzeugt, dass die neue Generation von Spezialisten Ihre Meisterschaft erhalten und fortsetzen wird.

Freunde! Ich wünsche Ihnen, immer nur Stolz für die getane Arbeit zu verspüren. Starke Gesundheit, Glück, Wohlergehen und Frieden!

nachmittags:

de.sputniknews.com: Iranischer Minister will Twitter-Verbot im Inland aufheben

Irans Kommunikationsminister Mohamed Dschawad Asari Dschahromi hat sich offiziell für eine Ungültigkeitserklärung des Twitter-Verbots im Land eingesetzt. Dies berichtet die staatliche Nachrichtenagentur Irna am Sonntag.

Derzeit steht der Kurznachrichtendienst aus sicherheitstechnischen Gründen auf einer schwarzen Liste der Justiz und Internetpolizei. Das Twitter-Verbot will der Minister rückgängig machen.

Der 37-jährige Politiker ist der jüngste Minister im Kabinett von Präsident Hassan Rohani. Er hat seit Beginn seiner Amtszeit im August 2017 wiederholt für Internetfreiheiten plädiert und mehrmals Kritik an den auf das Handeln im Netz gerichteten Einschränkungen geübt.

Für ihn und für viele Beobachter ist insbesondere das Twitter-Verbot eine der absurdesten Regeln im Inland, da fast alle führenden Politiker im Iran aktive Twitter-Nutzer sind. Zu ihnen zählen auch Präsident Rohani, Außenminister Mohammed Dschawad Sarif und sogar Offizielle aus dem Lager der Konservativen und Hardliner.

Im Iran ist ein Verbot auf eine Menge von Internet-Seiten verhängt, trotzdem wird es von den Iranern meistens missachtet. Die aktuelle Studie zeigt, dass mehr als 50 Prozent der 82 Millionen Iraner zumindest eine der gesperrten sozialen Netzwerke nutzen. Den Zugang zu den gefilterten Seiten verschaffen sie sich über Datentunnel.

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 09.08.2020

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der DVR im GZKK haben die bewaffneten Formationen der Ukraine in den letzten 24 Stunden zwei Feuerprovokationen begangen.

In Richtung Gorlowka und Mariupol haben radikal eingestellte Kämpfer der 35. und der 36. Marineinfanteriebrigade zielgerichtet das Feuer mit automatischen Granatwerfern auf die **Siedlung des Bergwerks 6/7 und Kominternowo** eröffnet.

Wir rufen das ukrainische Kommando auf, streng die vereinbarten Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des Regimes der Feueinstellung einzuhalten.

Die nicht kampfbedingten Verluste des Gegners betragen in den letzten 24 Stunden drei Kämpfer in der 36. und 57. Brigade.

Die ukrainischen Kämpfer verletzen weiter die Normen des humanitären Rechts und das Verbot zur **Stationierung von Militärtechnik in Ortschaften und deren Umgebung**, wodurch Leben und Gesundheit friedlicher Einwohner gefährdet werden.

Diese Sachverhalten werden durch Angaben unserer Aufklärung und den Bericht der OSZE-Mission vom 08.08.2020 bestätigt.

In den letzten 24 Stunden wurde die Stationierung von Technik in Wohngebieten von Taramtschuk entdeckt – fünf Schützenpanzer und ein Abwehrgeschütz der 53. mechanisierten Brigade. In Kalinowo befindet sich ein Abwehrraketenkomplex „Osa“ und zwei Tankwagen der 54. mechanisierten Brigade.

Außerdem wurde festgestellt, dass der Gegner aktiv Mittel der elektronischen Kriegsführung einsetzt. Durch mobile Gruppen aus dem 20. Bataillon für elektronische Kriegsführung wurden **Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission** in den Verantwortungsbereichen der 57. und 54. Brigade in den Gebieten von Konstantinowka und Kalinowo **blockiert**.

Trotz der Verluste an Personal durch Geraten auf eigene Sprenganlagen in der 35. Brigade während der Ausrüstung von Befestigungsanlagen in Verletzung der erreichten Vereinbarungen der Kontaktgruppe hat der Gegner **die technischen Arbeiten im Gebiet von Majorsk unter Einsatz von ziviler Spezialtechnik, die zeitweilig ohne Entgelt bei Einwohnern von Petrowka konfisziert wurde, fortgesetzt**. Die von der Willkür der Kämpfer ermüdeten Bürger haben eine kollektive Beschwerde an den Leiter des Bezirks W.S. Tschintschik und die Bereichsabteilung der Militärstaatsanwaltschaft der Donezker Oblast geschickt mit der Forderung, ihre Sicherheit zu gewährleisten und das gesetzwidrig von Kämpfern der 35. Brigade konfiszierte Eigentum zurückzugeben.

Derzeit findet zu diesem Fall eine Ermittlung statt, der Ermittler der Dershinsker Abteilung der Polizei von Artjomowsk der Hauptabteilung der Nationalpolizei in der Donezker Oblast Hauptmann A.S. Linkowskij hat Fälle von gewaltsamer Heranziehungen von Bürgern, die eigene Landwirtschaftstechnik – Traktoren und Bagger – haben, zu Befestigungsarbeiten in der Nähe der Kontaktlinie festgestellt, indem diese mit Schaden an ihrer Gesundheit und Vernichtung ihres Eigentums durch Brandstiftung bedroht wurden. Der militärische Rechtsordnungsdienst hat drei Kämpfer festgenommen, die an der Organisation dieser Art von gesetzwidriger Aktivität beteiligt sind, die vom Leiter des technischen Dienstes der 35. Brigade Major Galuscha geleitet wird.

Wir erhalten weiter **Informationen über das geringe Niveau der Disziplin in den Reihen der ukrainischen Streitkräfte** vor dem Hintergrund von Alkohol- und Drogenkonsum der Kämpfer. Insbesondere wurde bei einer Untersuchung zum Brand in einem provisorischen Lager für Kommunikationstechnik der 36. Brigade der ukrainischen Streitkräfte durch Mitarbeiter des militärischen Rechtsordnungsdienstes festgestellt, dass Ursache des Brandes ein Lagerfeuer war, das sich in der Nähe der Technik befand und von den Kämpfern bei Trinken von Alkohol zur Zubereitung von Essen verwendet wurde. Nach genaueren Informationen wurden durch den Brand ein Empfangsfunkleitstelle auf Basis eines Ural 4320, ein Dieselgenerator, fünf tragbare amerikanische Funkstationen Harris, 15 transportable Funkstationen Motorola und 30 Trommeln mit Kommunikationskabeln vernichtet.

Wie wir zuvor mitgeteilt hatten, wurden zwei Soldaten, der Mannschaftssoldat Gulko und der Feldwebel Wolnyj mit leichten bzw. mittelschweren Brandverletzungen in ein Krankenhaus in Mariupol eingeliefert.

Außerdem wurde im Ergebnis der Überschreitung von dienstlichen Befugnissen durch den Kommandeur des 2. Bataillons der Soldat Lukjantschuk mit einem offenen Schädel-Hirntrauma und einem Schädelbasisbruch in äußerst ernstem Zustand in das militärmedizinische klinische Zentrum in Charkow eingeliefert.

Dabei befahl der Kommandeur der 57. Brigade Mischantschuk, das Geschehen als Verletzung in der Folge persönlicher Unvorsichtigkeit dazustellen. Wir wenden uns an die Verwandten des verletzten Soldaten, diesen Fall nicht ohne die notwendige Aufmerksamkeit der Ermittlungsorgane zu lassen und vom Kommando der ukrainischen Streitkräfte eine objektive Untersuchung zu fordern.

de.sputniknews.com: **Krawalle bei Protesten in Beirut – Internationale Gemeinschaft berät über Hilfe für Libanon**

Gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten haben die Spannungen in der libanesischen Hauptstadt Beirut nach der Mega-Explosion im Hafen weiter erhöht. Bei den Zusammenstößen wurde nach Angaben der Sicherheitskräfte ein Polizist

getötet. Mehr als 200 Menschen seien verletzt worden, meldete das libanesische Rote Kreuz. Die Wut der Demonstranten ließ sich nicht besänftigen, auch nachdem Premier Hassan Diab angekündigt hatte, dem Kabinett vorgezogene Neuwahlen vorzuschlagen. Die internationale Gemeinschaft berät am Sonntag, fünf Tage nach der Explosion im Hafen Beiruts, in einer Videokonferenz über Soforthilfe für das Krisenland. Das schleunigst einberufene Treffen wird von UN-Generalsekretär António Guterres und Frankreichs Staatschef Emmanuel Macron geleitet, wie Kreise von Macrons Präsidialamt berichteten.

Es gehe darum, der schwer getroffenen Bevölkerung zu helfen und dabei das Risiko eventueller Unterschlagungen auszuschließen. Nötig seien medizinische Hilfe, Nahrungsmittel und der rasche Wiederaufbau von Schulen oder Krankenhäusern, hieß es. Ein Betrag für die internationale Hilfe wurde nicht genannt, denn die Einschätzung der Uno liege noch nicht vor.

US-Präsident Donald Trump habe bereits seine Teilnahme angemeldet, hieß es in Paris. Auch der jordanische König Abdullah II., Ägyptens Staatschef Abdel Fattah al-Sisi und der britische Premier Boris Johnson haben demnach zugesagt, ebenso wie EU-Ratspräsident Charles Michel. Bei einem Treffen mit dem libanesischen Staatschef Aoun sagte Michel am Samstag: „Wir sind alle bereit, zu helfen.“ Deutschland und Italien sind den Angaben zufolge ebenfalls vertreten, Namen von Vertretern blieben aber zunächst offen.

Macron hatte am Donnerstag bei einem Besuch in Beirut internationale Hilfe in Aussicht gestellt, gleichzeitig aber auch Reformen in dem Mittelmeerstaat gefordert. Deutschlands Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) kündigte vor der Konferenz an, eine Soforthilfe in Höhe von zehn Millionen Euro zu gewähren. Er sagte gegenüber der „Bild am Sonntag“: „Ich freue mich sehr, dass ich heute von Seiten der Bundesregierung weitere zehn Millionen Euro für Soforthilfemaßnahmen zusagen kann.“

Tausende Menschen protestierten im Zentrum Beiruts zunächst friedlich gegen die libanesische Führung, die sie für die Explosion mit mehr als 150 Toten und mehr als 6000 Verletzten verantwortlich machen. Dann schlug der Protest in Gewalt um. Einige Demonstranten versuchten, Absperrungen zum Parlament zu durchbrechen, und warfen Steine. Die Sicherheitskräfte gingen mit Tränengas gegen die Demonstranten vor. Laut Augenzeugenberichten waren auch Schüsse zu hören.

Einige Demonstranten stürmten das Gebäude der Bankenvereinigung. Andere drangen laut lokalen Medien in das Außen-, das Wirtschafts- und das Energieministerium ein. Wie Sicherheitskräfte mitteilten, habe der getötete Polizist Menschen helfen wollen, die in einem Hotel im Zentrum Beiruts festgesessen hätten. Dabei sei er von „randalierenden Mördern“ angegriffen worden.

Diab, der mit seinem Vorschlag für Neuwahlen auf den massiven Druck vonseiten vieler Libanesen auf die Regierung reagierte, konnte einen möglichen Termin für Neuwahlen nicht nennen. Die nächsten Wahlen ständen eigentlich 2022 an. Es scheint unwahrscheinlich, dass Diabs Ankündigung die Empörung der Menschen besänftigen kann. Wie viele Libanesen klagen, hätten Wahlen bisher an den realen Machtverhältnissen in dem Land wenig verändert. Bereits im vergangenen Oktober hatten Massenproteste gegen die Regierung begonnen. Die Demonstranten fordern weitgehende politische Reformen. Sie werfen der politischen Elite Korruption vor und beschuldigen sie, das Land rücksichtslos auszuplündern.

Die Wut ist auch deswegen so groß, weil offenbar über Jahre große Mengen der hochexplosiven Chemikalie Ammoniumnitrat ohne Sicherheitsvorkehrungen im Hafen lagerten. Dies soll die gewaltige Detonation verursacht haben. Die Ermittlungen laufen noch.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/05/327642948_0:255:3093:1929_1000x541_80_0_0_eda67b7ceaf90ba658dfddbc94beb8ff.jpg

Mil-Inr.info: Erklärung des Vertreters der Volksmiliz der LVR am 9. August 2020

Nach Angaben unserer Beobachter der Vertretung der LVR im GZKK wurden **in den letzten 24 Stunden zwei Feuerprovokationen** gegen die Verteidiger der Republik im Gebiet von **Solotoje-5** festgestellt. Es wurde zielgerichtet und mit provokativem Charakter geschossen. Alle militärischen Einrichtungen der Republik führen in der notwendigen Weise ihre Aufgaben zur Bewahrung von Frieden und Rechtsordnung in der Republik aus. ...

de.sputniknews.com: „Versuchter Terroranschlag“: Sprengsatz in der Nähe von Office ukrainischer Opposition

Strafverfolger der Ukraine haben in der Nähe eines Offices in Kiew einen Sprengsatz entschärft, wie der Pressedienst der Nationalen Polizei der Ukraine am Sonntag berichtet. Es geht offensichtlich um ein Büro der Partei „Oppositionelle Plattform – Für das Leben“, vor dessen Eingang ein Explosivstoff entdeckt wurde.

Am Sonntag hätten die Bewacher des Offices einen Gegenstand aufgefunden, der einem Sprengsatz ähnlich gewesen sei, und die Polizei darüber informiert. Eine Ermittlungsgruppe und Spezialkräfte der Polizei seien daraufhin eingesetzt worden, gab die Polizei bekannt. „Während der Überprüfung des Objekts haben die Strafverfolger einen Gegenstand entdeckt, der einem selbstgebauten Sprengsatz ähnelt. Experten des Kampfmittelräumdienstes haben den gefährlichen Gegenstand neutralisiert, bei dem Vorfall wurde niemand verletzt“, hieß es in der Mitteilung der Polizei.

Opposition spricht von „versuchtem Terroranschlag“

Zur gleichen Zeit meldete die Partei „Oppositionelle Plattform – Für das Leben“, dass ihr Sicherheitsdienst am Morgen in der Nähe von einem ihrer Büros einen Sprengsatz aufgefunden habe.

„In der Nacht vom 8. auf den 9. August haben die Täter einen Sprengsatz auf dem Parkplatz wenige Meter vor dem Eingang zum Gebäude des Büros 'Oppositionelle Plattform – Für das Leben' platziert. Die Vertreter des parteilichen Geheimdienstes entdeckten den Sprengsatz am Morgen. Die unverzüglich eingetroffenen Sprengstofftechniker der Nationalen Polizei der Ukraine neutralisierten den Explosivstoff vor Ort“, teilte die Partei auf ihrer Webseite mit. Ihr zufolge handele es sich um einen versuchten Terroranschlag, der „das menschliche Leben gefährdet“ habe und „aus politischen Gründen begangen wurde“.

Die politische Plattform verwies darauf, dass Überfälle auf ihre Büros „im regelmäßigen Abstand“ vorkommen würden. Sie forderte in diesem Falle eine „objektive Ermittlung dieses Terroranschlages“.

Armiyadnr.su: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 9. August 2020**

In Verletzung der erreichten Vereinbarungen der dreiseitigen Kontaktgruppe nutzt der Gegner trotz des Verbots des Einsatzes jeglicher Art von Fluggeräten aktiv Drohnen sowohl zur Aufklärung als auch zur Durchführung von Feuerprovokationen.

So haben unsere Beobachter heute im Gebiet von Leninskoje eine Feuerprovokation unter Einsatz einer Drohne des 501. Bataillons der 36. Brigade festgestellt, die 300 Meter vor unseren Positionen eine Bog-Granate abwarf.

Die Verteidiger der Republik sind auf diese Provokation nicht eingegangen, sie haben das Feuer nicht eröffnet, den Gegner beobachtet und streng das Regime der Feueereinstellung eingehalten.

Wir erinnern daran, dass die ukrainische Seite entsprechend der Liste der Zusatzmaßnahmen zur Herstellung und Aufrechterhaltung eines Regimes der Feueereinstellung in diesem Fall verpflichtet ist, gegen den Kommandeur des 501. Bataillons der 36. Brigade Disziplinarmaßnahmen auszusprechen und darüber den Koordinator der Kontaktgruppe in Kenntnis zu setzen.

Wir fordern vom Stab der OOS, Willen zu zeigen, Ordnung in die unterstellten Einheiten zu bringen und eine Umsetzung des Befehls über die Umsetzung der Zusatzmaßnahmen zur Herstellung und Aufrechterhaltung des Regimes der Feueereinstellung zu erreichen.

Wir warnen ein weiteres Mal, dass die Volksmiliz der DVR im Fall einer Aggression von Seiten des Gegners bei Erhalt eines entsprechenden Befehls zu adäquaten Maßnahmen zur Verteidigung der Republik bereit ist.

abends:

de.sputniknews.com: **US-Gesundheitsminister reist nach Taiwan – China zeigt sich empört**

Der amerikanische Gesundheitsminister Alex Azar ist am Sonntag zu einem Besuch in Taiwan eingetroffen. Dies ist der erste Besuch eines Mitglieds der US-Regierung im Inselstaat seit mehr als 40 Jahren.

Azar will sich unter anderem über die Erfolge der ostasiatischen Inselrepublik im Kampf gegen die Corona-Pandemie informieren. Nach Angaben der Nachrichtenagentur CNA landete seine Maschine am Nachmittag auf dem Flughafen Songshan. Azar ist der ranghöchste US-Vertreter, der Taiwan seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen den USA und der Volksrepublik China 1979 besucht. Peking ist aber darüber sehr verärgert.

Azar soll am Montag mit Taiwans Präsidentin Tsai Ing-wen, Außenminister Joseph Wu und Gesundheitsminister Chen Shih-chung zusammentreffen. Das US-Außenministerium hatte Taiwan in der vergangenen Woche als „Modell für Transparenz und Kooperation im globalen Gesundheitswesen während der Covid-19-Pandemie und lange davor“ gelobt.

Bisher waren im Inselstaat, der 23,8 Millionen Einwohner zählt, nur 480 Coronavirus-Infektionen und sieben Tote registriert worden. In den USA mit ihren 330 Millionen Einwohnern waren es laut Johns-Hopkins-Universität bisher fast fünf Millionen Ansteckungsfälle und mehr als 162.000 Corona-Opfer.

Die kommunistische Führung Chinas sieht die demokratische Insel als Teil der Volksrepublik an, obwohl sie nie zu ihr gehört hat. Laut dem chinesischen Außenamtssprecher Wang Wenbin sollten die USA jeden offiziellen Austausch mit Taiwan stoppen, um die Beziehungen zu Peking nicht ernsthaft zu schädigen.

Azar hatte gleichwohl betont, dass die USA die Kooperation mit Taiwan ausbauen wollen. Freie und demokratische Gesellschaften seien das „beste Modell, um die Gesundheit zu schützen und zu fördern“, so der US-Gesundheitsminister.